



# BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

**HALBZEITBERICHT  
2016**



Europäisches Parlament

**DE**

# DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



751 MEPs



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.



Die Bürgerinnen und Bürger sind auf EU-Ebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.

Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelbar werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

## Halbzeitbericht 2016

### Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten

## HALBZEITBERICHT 2016

### INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind .....	6
1. Der Kontext dieses Berichts .....	7
2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit	8
2.1. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU: Überlegungen zur Zukunft der EU .....	8
2.2. Die „gelbe Karte“ der einzelstaatlichen Parlamente zum Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern .....	9
2.3. Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol.....	10
2.4. Die EU-Handelspolitik und die Rolle der Parlamente .....	11
2.5. Der EU-Rahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU: interparlamentarische Debatten.....	12
3. Institutionelle parlamentarische Gremien .....	13
3.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC) .....	13
3.2. Die Jahreskonferenz und informelle Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) .....	16
4. Interparlamentarischer Dialog.....	17
4.1. Europäische Parlamentarische Woche und Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union .....	17
4.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik .....	18
4.3. Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen .....	19
4.4. Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament .....	21
5. Das „Frühwarnsystem“ und der „informelle politische Dialog“ – Die Protokolle Nr. 1 und 2 zum Vertrag von Lissabon .....	21
6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung .....	23
6.1. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) ...	23
6.2. Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX).....	26
6.3. Andere Instrumente und Netzwerke .....	27
ANHÄNGE.....	30
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2016 .....	30
ANHANG II – Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen im Europäischen Parlament in Brüssel.....	31
ANHANG III – Besuche nationaler Parlamente im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) .....	34
ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus.....	37
ANHANG V – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD).....	38

Eine Veröffentlichung der  
Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die zur Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments gehört.

Direktorin: Christine Verger, [christine.verger@ep.europa.eu](mailto:christine.verger@ep.europa.eu)  
Leiter des Referats Institutionelle Zusammenarbeit: Pekka Nurminen, [pekka.nurminen@ep.europa.eu](mailto:pekka.nurminen@ep.europa.eu)  
Leiterin des Referats Legislativer Dialog: Patrizia Maria Prode, [patrizia.prode@ep.europa.eu](mailto:patrizia.prode@ep.europa.eu)  
Manuskript erstellt von: Luis Balsells Traver, [luis.balsells@ep.europa.eu](mailto:luis.balsells@ep.europa.eu) und Paolo Atzori, [paolo.atzori@ep.europa.eu](mailto:paolo.atzori@ep.europa.eu)  
Redaktionsschluss: 7. April 2017

[relnatparl@ep.europa.eu](mailto:relnatparl@ep.europa.eu)  
[www.europarl.europa.eu/relnatparl](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl)

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union 2017.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten berät die politischen Gremien, die Mitglieder und das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments bei ihrer institutionellen Zusammenarbeit und im Hinblick auf den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten. Sie unterstützt interparlamentarische Aktivitäten, trägt zur Umsetzung der Vertragsbestimmungen über die interparlamentarische Zusammenarbeit im Europäischen Parlament bei und bringt ihre Fachkenntnisse während des gesamten Gesetzgebungszyklus und in anderen Bereichen des Europäischen Parlaments ein.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten agiert als Wissenszentrum für Informationen über nationale Parlamente und erteilt der Verwaltung des Europäischen Parlaments Auskünfte über bewährte Verfahren in nationalen Parlamenten. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie verwaltet die Beziehungen mit den Beamten, die die nationalen Parlamente in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

## Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind

Dieser Halbzeitbericht 2016 liefert einen Überblick über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten.

Zunächst möchten wir unseren Vorgängern Anerkennung zollen, die während der ersten Hälfte der Legislaturperiode für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig waren, Vizepräsident Ramón Luis Valcárcel Siso und Vizepräsidentin Anneli Jäätteenmäki. Wir fühlen uns geehrt, ihnen in dieser Funktion nachzufolgen, und möchten ihnen für ihre Arbeit danken.

Im Jahr 2016 war die Europäische Union mit vielen Herausforderungen konfrontiert – dem Brexit, der Einwanderung, dem Terrorismus, dem anwachsenden Nationalismus und den Konflikten in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, denen sowohl in den nationalen Parlamenten als auch im Europäischen Parlament viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Einige unserer Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in die Institutionen und das sogenannte Establishment verloren, seien es die Brüsseler oder die nationalen Eliten.

In dieser zunehmend globalisierten, komplexen und sich schnell wandelnden Welt müssen wir zusammenarbeiten, um wirksame Lösungen zu finden.

Wir müssen heute mehr denn je zeigen, dass Demokratien gut funktionierende Institutionen brauchen.

In diesen Tagen begehen wir den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, und bei der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union wird der interparlamentarischen Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle zukommen.

Die Europäische Union muss reaktionsfähiger sein, und wir sollten unsere Arbeitsweise verbessern.

Wir konzentrieren uns alle darauf, die Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen – allerdings wird es zunehmend schwerer, diese Erwartungen zu erfüllen, da sich die äußeren Umstände ständig ändern.

Unsere Union ist nur so stark, wie die einzelnen Mitgliedstaaten und ihre nationalen Parlamente es zulassen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und unseren nationalen Pendanten kann das gegenseitige Verständnis in diesen turbulenten Zeiten fördern, und dieser Bericht veranschaulicht die Breite und Tiefe dieser Beziehungen.

Mairead McGuinness  
Vizepräsidentin

Bogusław Liberadzki  
Vizepräsident

## 1. Der Kontext dieses Berichts

Dieser Bericht befasst sich mit den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Jahr 2016 sowie mit der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Das Jahr 2016 war ein Jahr, in dem die Europäische Union mit mehreren Krisen gleichzeitig konfrontiert war, wie auch mit dem Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der EU (dem Brexit-Prozess). Das Ende des Jahres 2016 markiert auch die Halbzeit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments 2014-2019, die einige Veränderungen der Strukturen der Institution mit sich bringt.

Aus interparlamentarischer Sicht werden in diesem Bericht zunächst die wichtigsten politischen Entwicklungen analysiert, die die Agenda aller interparlamentarischen Beziehungen geprägt haben (Teil 2).

Die folgenden Kapitel enthalten Darstellungen und Analysen der Entwicklung der interparlamentarischen Gremien (Teil 3), der Formen des interparlamentarischen Dialogs (Teil 4), der von den nationalen Parlamenten durchgeführten Subsidiaritätsprüfung (Teil 5) und schließlich der administrativen Werkzeuge und Netzwerke für die interparlamentarische Zusammenarbeit (Teil 6).

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2016, die Auswirkungen auf die interparlamentarische Zusammenarbeit hatten und in diesem Bericht untersucht werden, sind:

- der Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs aus der EU und die anhaltenden Überlegungen über die Zukunft der EU,
- die zum dritten Mal gezeigte „gelbe Karte“ der nationalen Parlamente zu dem viel diskutierten Legislativvorschlag über die „Entsendung von Arbeitnehmern“,
- die Debatte über die gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol,
- die Rolle der nationalen Parlamente bei den Handelsabkommen der EU, insbesondere in Bezug auf die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen der EU und Kanada,
- die wichtige Rolle der Parlamente bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union.

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind abrufbar auf der Website des Europäischen Parlaments: [www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/news](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/news).

## **2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit**

Die interparlamentarische Zusammenarbeit ist naturgemäß mit den politischen Entwicklungen in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten verknüpft. Die folgenden wichtigen Entwicklungen finden Erwähnung, da sie bereichsübergreifend und in nahezu allen Foren, Institutionen und Formen der interparlamentarischen Beziehungen und des Dialogs über das ganze Jahr 2016 hinweg thematisiert wurden. Sie werden höchstwahrscheinlich auch in den kommenden Jahren von großer Bedeutung sein.

### **2.1. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU: Überlegungen zur Zukunft der EU**

Am 23. Juni 2016 wurde im Vereinigten Königreich ein Referendum zu der folgenden Frage abgehalten: „Sollte das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?“. 51,9 % der Wähler waren dafür, dass das Vereinigte Königreich die EU verlässt.

Fünf Tage später verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung<sup>1</sup> zur Entscheidung des Vereinigten Königreichs für den Austritt aus der Europäischen Union. Darin wird betont, dass dies ein kritischer Moment für die EU ist und dass die Interessen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger der Union wieder zum Kernstück der Debatte gemacht werden müssen. Es wird gefordert, dass das europäische Projekt jetzt erneut in Gang gesetzt werden muss. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist sowohl in Bezug auf das Abkommen über den Austritt als auch in Bezug auf jede künftige Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erforderlich.

In Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union verwies das Europäische Parlament darauf, dass es notwendig ist, die Union zu reformieren und sie besser und demokratischer zu machen, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, und insbesondere:

- den Kern der EU zu stärken und „à la carte“-Lösungen zu vermeiden,
- die gemeinsamen Werte der EU zu fördern und für Stabilität sowie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze zu sorgen,
- die anhaltende wirtschaftliche und soziale Unsicherheit zu überwinden,
- die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Herausforderung der Migration zu bewältigen,
- die Wirtschafts- und Währungsunion und den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu entwickeln und zu demokratisieren sowie
- die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken.

Die Rolle der nationalen Parlamente wird zu einem Teil der Debatte über die Zukunft Europas.

Vor dem Hintergrund des Brexit und der wirtschafts- und migrationsbedingten Krisen, mit denen die EU konfrontiert ist, leitete die parlamentarische Dimension des slowakischen Ratsvorsitzes eine Reflexionsphase über den Zustand und die Zukunft der EU ein (den sogenannten „Bratislava-Prozess“). Dieser Prozess wurde auf dem am 6. und 7. Oktober 2016 abgehaltenen informellen parlamentarischen Gipfeltreffen von Bratislava eingeleitet und wird auf zwei Treffen der Präsidenten der Parlamente der EU im Jahr 2017 seinen Höhepunkt erreichen: im

<sup>1</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Juni 2016 zu der Entscheidung für den Austritt aus der EU infolge des Ergebnisses des Referendums im Vereinigten Königreich (P8\_TA (2016)0294).

März in Rom zur Feier des 60. Jahrestags der Verträge von Rom und im April in Bratislava anlässlich der Jahreskonferenz der Präsidenten der Parlamente der EU.

Die Frage des Brexit hat auch die Debatten in der COSAC dominiert – oder zumindest beeinflusst –, beginnend mit dem Treffen der Vorsitzenden im Juli in Bratislava.

Seit dem Referendum im Vereinigten Königreich hat die Zahl offizieller bilateraler Besuche aus nationalen Parlamenten in Brüssel im Zusammenhang mit dem Brexit beständig zugenommen. Die Besucherdelegationen waren sehr an den Verfahren, Strukturen und Zeitplänen des Europäischen Parlaments zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit dem Brexit und dem gegenseitigen Austausch politischer Botschaften zwischen den Parlamenten interessiert.

### **2.2. Die „gelbe Karte“ der einzelstaatlichen Parlamente zum Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern**

Im Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen über die EU ist ein Überprüfungsmechanismus zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften festgelegt, die nicht unter die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fallen. Die nationalen Parlamente können einen Entwurf eines EU-Gesetzgebungsaktes binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt seiner Übermittlung prüfen. Falls ein nationales Parlament der Ansicht ist, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist, kann es eine begründete Stellungnahme einreichen.

Am 8. März 2016 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (COM(2016)0128).

Bis zum Ende der 8-Wochen-Frist für die Subsidiaritätsprüfung durch die nationalen Parlamente hatten 14 nationale Parlamente oder Parlamentskammern begründete Stellungnahmen eingereicht, aus denen hervorging, dass der Vorschlag der Kommission nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei: das bulgarische Parlament, das dänische Parlament, das estnische Parlament, das kroatische Parlament, das lettische Parlament, das litauische Parlament, der polnische Sejm, der polnische Senat, die rumänische Abgeordnetenversammlung, der rumänische Senat, das slowakische Parlament, die tschechische Abgeordnetenversammlung, der tschechische Senat und das ungarische Parlament. Zusammen repräsentierten diese Parlamente und Kammern 22 der 56 Stimmen der nationalen Parlamente, wodurch das Verfahren der „gelben Karte“ eingeleitet wurde.

Das war die dritte „gelbe Karte“ seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009. Politisch gesehen ist die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern das bisher wahrscheinlich kontroverseste Thema.

In ihren begründeten Stellungnahmen zu dem Thema brachten die nationalen Parlamente zahlreiche Argumente vor, z. B. dass das Arbeitsentgelt unter die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, dass der Vorschlag einen Eingriff in die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern darstellt oder dass er die Dienstleistungsfreiheit auf dem Binnenmarkt einschränkt. Darüber hinaus wurden Verfahrensfragen angesprochen, wie etwa das Fehlen einer ausführlichen Begründung des Vorschlags in Bezug auf die Subsidiarität oder das Fehlen einer Abschätzung der finanziellen Folgen. Außerdem wurde angeführt, dass die Konsultationen durch die Kommission vor der Verabschiedung des Vorschlags unzureichend gewesen seien und dass die Kommission das Ende der Umsetzungsfrist der Durchsetzungsrichtlinie hätte abwarten sollen, bevor sie neue Rechtsvorschriften zu diesem Thema vorlegt.

Am 20. Juli 2016 schloss die Kommission ihre Prüfung des Vorschlags ab und gelangte zu dem Schluss, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar war. Die Kommission argumentierte, dass der Unionsgesetzgeber durch die Verabschiedung der Richtlinie von 1996 und der Durchsetzungsrichtlinie von 2014 bereits entschieden habe, dass das Ziel der Erleichterung des freien Dienstleistungsverkehrs bei einer gleichzeitigen Sicherstellung der Chancengleichheit zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Dienstleistern und eines angemessenen Schutzes von entsandten Arbeitnehmern besser auf Unionsebene erreicht werden könne. Die Kommission erklärte außerdem, dass der Vorschlag einen Regulierungsrahmen für das Entsenden von Arbeitnehmern auf Unionsebene festlege und dabei dem naturgemäß grenzüberschreitenden Charakter der Entsendung von Arbeitnehmern sowie der Tatsache Rechnung trage, dass das unilaterale Vorgehen von Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene zu einer Fragmentierung des Binnenmarktes im Hinblick auf den freien Dienstleistungsverkehr führen könne. Die Kommission erhielt den Vorschlag aus diesen Gründen aufrecht.

Die „gelbe Karte“ zur Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern wurde auf verschiedenen interparlamentarischen Treffen im Jahr 2016 erörtert. Auf dem Treffen der COSAC-Vorsitzenden im Juli wurde diese Frage im Beisein und unter der aktiven Beteiligung von Marianne Thyssen, dem für diesen Vorschlag verantwortlichen Kommissionsmitglied, debattiert. Sie war auch Thema bei der interparlamentarischen Ausschusssitzung, die am 12. Oktober 2016 vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments organisiert wurde. Der Vorschlag wird derzeit von Rat und Parlament beraten.

### 2.3. Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol

Am 11. Mai 2016 wurde die neue Europol-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 2016/794) verabschiedet (und soll am 1. Mai 2017 in Kraft treten).

Eine wichtige Neuerung in dieser Verordnung stellt die Tatsache dar, dass Europol einer ordnungsgemäßen demokratischen Kontrolle unterstellt wird, die seitens des Europäischen Parlaments zusammen mit den nationalen Parlamenten in Übereinstimmung mit Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ausgeübt werden soll, in dem es heißt: „Durch diese Verordnungen werden ferner die Einzelheiten für die Kontrolle der Tätigkeiten von Europol durch das Europäische Parlament festgelegt; an dieser Kontrolle werden die nationalen Parlamente beteiligt.“ Gemäß der Europol-Verordnung wird ein Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss eingesetzt, der „die politische Kontrolle der Tätigkeiten Euopols bei der Erfüllung ihres Auftrags [durchführt], einschließlich hinsichtlich der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen“. In der Verordnung selbst werden zwar die Ziele, Aufgaben und Hilfsmittel dieses neuen Kontrollausschusses genau festgelegt, jedoch sollen seine Organisation und seine Geschäftsordnung „vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten gemäß Artikel 9 des Protokolls Nr. 1 gemeinsam festgelegt“ werden.

Im Mai 2016 einigte sich die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU auf einer Sitzung in Luxemburg auf einen schrittweisen Ansatz und die Beauftragung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus der Troika der Konferenz der Präsidenten der Parlamente (der Parlamente von Luxemburg, der Slowakei und von Estland sowie des Europäischen Parlaments), mit der Prüfung eines Kontrollmechanismus und der Vorlage eines Textentwurfs für die Organisation und die Geschäftsordnung des neuen gemeinsamen Kontrollgremiums.<sup>2</sup>

Gemäß den Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten beinhaltet dieser schrittweise Ansatz eine Konsultation aller Parlamente/Kammern der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments (durchgeführt im September und Oktober 2016 in Form eines Fragebogens) sowie einen Meinungsaustausch während einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) mit den nationalen Parlamenten am 28. November 2016 in Brüssel.

Als Ergebnis dieses Konsultationsverfahrens legte die Troika-Arbeitsgruppe Ende 2016 allen Parlamenten/Kammern einen Textentwurf vor. Dieser Vorschlagsentwurf hatte die Festlegung von Aspekten des zukünftigen gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses zum Ziel, wie die Mitgliedschaft, die zahlenmäßige Zusammensetzung und den Vorsitz sowie die Häufigkeit und den Ort der Sitzungen. Vor der endgültigen Entscheidung, die von den Präsidenten der Parlamente der EU während ihrer Jahreskonferenz am 23. und 24. April 2017 in Bratislava gefällt werden soll, können alle nationalen Parlamente/Kammern Änderungsanträge zu dem Text einreichen.

### 2.4. Die EU-Handelspolitik und die Rolle der Parlamente

Das Jahr 2016 markierte einen bedeutenden Punkt in den interparlamentarischen Beziehungen auf dem Gebiet der EU-Handelspolitik. Mit dem Vertrag von Lissabon fiel die gemeinsame Handelspolitik unter die ausschließliche Zuständigkeit der Union. Sogenannte gemischte Abkommen fallen jedoch nicht unter diese Kategorie, wodurch die Diskussion über die Zuständigkeiten neu entfacht wird. Das ist vor dem Hintergrund der politisch sensiblen Verhandlungen über TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) besonders deutlich geworden.

Den nationalen Parlamenten kommen im Rahmen von Handelsabkommen zwei unterschiedliche Rollen zu. Sie müssen gemischte Abkommen ratifizieren, wodurch sie eine formal sehr starke Position haben. Neben der Frage der formalen Zuständigkeit üben viele nationale Parlamente, wenn auch nicht alle, eine Kontrolle über ihre Regierungen aus, wenn der Rat der Kommission das Verhandlungsmandat überlässt, sowie in einigen Fällen über die gesamten Verhandlungen und bei der Unterzeichnung des Abkommens. In diesen Fällen hängt die Rolle der nationalen Parlamente von den nationalen verfassungsrechtlichen Bestimmungen ab.

Im Juli 2016 schlug die Kommission die Unterzeichnung von CETA als gemischtes Abkommen vor, was die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen verfassungsrechtlichen Anforderungen erforderte. Im Oktober 2016 hatte die belgische Regierung ernsthafte Schwierigkeiten, ein Mandat zur Unterzeichnung des CETA-Abkommens zu erhalten.

Im Dezember 2016 legte die Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Union in ihrem Schlussantrag zum Freihandelsabkommen EU-Singapur (EUSFTA) dar, dass dieses Abkommen auch als gemischtes Abkommen angesehen werden sollte. Die Entscheidung des Gerichtshofs über diese Frage steht noch aus.

Das vom 13. bis zum 15. November 2016 in Bratislava abgehaltene Plenum der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC) umfasste einen ausführlichen und regen Meinungsaustausch zu TTIP, was deutlich machte, dass die nationalen Parlamente an wichtigen handelspolitischen Fragen der EU sowohl politisch als auch rechtlich beteiligt werden wollen.

<sup>2</sup> Die Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU sind abrufbar unter: [www.ipex.eu/IPEXL-WEB/euspeakers/getspeakers](http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/euspeakers/getspeakers).

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für internationalen Handel (INTA) reagierte auf die Notwendigkeit der Verstärkung des interparlamentarischen Dialogs durch die Abhaltung eines Arbeitssessens am 29. November 2016. Es scheint ein strategisches Interesse daran zu geben, während des gesamten Verhandlungsprozesses mit den nationalen Parlamenten zusammenzuarbeiten.

## 2.5. Der EU-Rahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU: interparlamentarische Debatten

Das Europäische Parlament hat stets betont, dass die Verpflichtungen der Nationalstaaten in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eine Grundsatzfrage darstellen, und zwar nicht nur für Kandidatenländer, die die Kopenhagener Kriterien erfüllen wollen, sondern auch als obligatorisches Element nach dem Beitritt.

Seit der Einführung des Verfahrens für die Aussetzung bestimmter Rechte von Mitgliedstaaten durch den Vertrag von Amsterdam überwacht das Europäische Parlament die Einhaltung der in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Werte. Ähnliche, stärkere Verfahren gibt es auch bei anderen internationalen Organisationen wie dem Europarat und den Vereinten Nationen, wo Verstöße zum Ausschluss der jeweiligen Vertragspartei führen können. Das Verfahren gemäß den EU-Verträgen hat zu Besorgnis und zu Beschwerden geführt, da einige Mitgliedstaaten sich als zu Unrecht vom Europäischen Parlament beschuldigt und herausgegriffen gesehen und behauptet haben, dass ihre Stimme nicht gehört werde, wenn Alarm geschlagen wird. Gleichzeitig haben die Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen der EU oft Untätigkeit vorgeworfen, verursacht durch den zwischenstaatlichen Charakter des Verfahrens.

Tatsächlich ist das Verfahren nicht gerichtlicher, sondern politischer Natur. Der EuGH kann keinerlei Kontrolle ausüben, die über die Verfahrensaspekte hinausgehen.

Im März 2014 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Ein neuer EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips“ mit dem Ziel der Sicherstellung eines wirksamen und einheitlichen Rechtsstaatsprinzips in allen Mitgliedstaaten. Der Rahmen sollte in Fällen greifen, in denen systembedingte Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit bestehen.

Der niederländische Ratsvorsitz widmete im Rahmen der parlamentarischen Dimension seiner Tätigkeit ein Kapitel des Halbjahresberichts der COSAC dem Thema der Rechtsstaatlichkeit und der Rolle der Parlamente, mit dem Ziel der möglichen Abgrenzung von gemeinsamen Definitionen der Demokratie und der Grundrechte und dem Vorschlag, dass zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament bewährte Verfahren ausgetauscht werden könnten. Das Thema wurde in die COSAC-Tagesordnung aufgenommen und war eines der Hauptthemen der im Juni 2016 in Den Haag abgehaltenen Plenarsitzung. Obwohl man sich nicht auf Schlussfolgerungen einigen konnte, zeigte die Debatte ganz klar die Überzeugung, dass Grundwerte gemeinsame Kernprinzipien darstellen und dass es allen Beteiligten obliegt, diese hochzuhalten und zu schützen. Das Europäische Parlament wurde von seiner Berichterstatterin Sophie in 't Veld (ALDE) in der Aussprache vertreten.

Im Oktober 2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung mit Empfehlungen an die Kommission zur Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte (siehe den Bericht in 't Veld mit einer Rechtsetzungsinitiative gemäß Artikel 225 AEUV)<sup>3</sup>. Zusammen mit dem Bericht wurde eine Bewertung des europäischen Mehrwerts durchgeführt, deren wichtigste Schlussfolgerung darin

bestand, dass eine Lücke zwischen der Verkündung der in Artikel 2 EUV aufgeführten Rechte und Werte und der tatsächlichen Einhaltung dieser Rechte und Werte durch die Gemeinschaftsorgane und die Mitgliedstaaten bestehe, die zu bedeutenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten führe. In der Entschließung wird die Schlüsselrolle unterstrichen, die das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente beim Messen des Fortschritts und der Überwachung der Einhaltung der gemeinsamen Werte der EU gemäß Artikel 2 EUV spielen sollten. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments für einen EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte zielt auf die Einbindung relevanter bestehender Instrumente in ein gemeinsames Instrument ab.

Das Europäische Parlament forderte die Kommission auf, bis September 2017 einen Vorschlag für einen EU-Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte in Form einer interinstitutionellen Vereinbarung vorzulegen, die zur Angleichung und Ergänzung der bestehenden Mechanismen führen würde.

Eine der Empfehlungen des Berichts ist die Schließung eines Pakts zur Schaffung eines jährlichen Politikzyklus zu Grundrechten als Teil eines mehrjährigen strukturierten Dialogs zwischen allen Akteuren, der eine jährliche interparlamentarische Aussprache zur Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Grundrechten in der Union umfassen sollte.

## 3. Institutionelle parlamentarische Gremien

Wie bereits ausgeführt, scheinen die wichtigsten politischen Themen alle interparlamentarischen Institutionen und andere Formen des Dialogs zu berühren. Im Jahr 2016 bemühte sich das Europäische Parlament um die Vertretung einheitlicher Positionen und Botschaften in den betreffenden Foren. Dies ist eine Aufgabe, die einer kontinuierlichen Überwachung und weiterer Konsolidierung bedarf.

### 3.1. Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)

*COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (vgl. Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den Ratsvorsitz innehat, spielt eine führende Rolle bei der Definition der Richtung und Arbeit der COSAC. Sie wird von einer Vorsitz-Troika unter ständiger Mitgliedschaft des Europäischen Parlaments vorbereitet und organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt. Sie wird vom Europäischen Parlament ausgerichtet und von einem Amtsträger geleitet, der von einem nationalen Parlament sekundiert wird („Ständiges Mitglied“). Nach einigen Jahren relativer Unattraktivität wurde der COSAC durch die Debatte über die Zukunft der EU und die Rolle, die die nationalen Parlamente in diesem Zusammenhang spielen sollen, neues Leben eingehaucht.*

Die Situation der EU hatte konkrete Auswirkungen auf die Aktivitäten der COSAC, aber auch auf andere interparlamentarische Foren. Die COSAC konnte gegenüber der negativen öffentlichen Meinung nicht immun sein, die „Brüssel“ gegenüber sowohl Erwartungen als auch Beschwerden äußerte, sei es wegen dessen Handlungsunfähigkeit oder wegen zu vieler Maßnahmen.

<sup>3</sup> Angenommene Texte, P8\_TA(2016)0409.

Was die Tagesordnungen angeht, so wurde den Diskussionen über Migration und die Flüchtlingskrise für den niederländischen und den slowakischen Ratsvorsitz hohe Priorität eingeräumt, insbesondere was unterschiedliche Maßnahmen und Instrumente angeht, die von der Kommission 2015 und 2016 vorgeschlagen wurden. Diese Vorschläge haben naturgemäß zu hitzigen Debatten und in vielen Fällen auch zu unversöhnlichen Positionen zwischen den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten geführt.<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang verteidigte die Delegation des Europäischen Parlaments die Positionen des Parlaments und die Grundwerte der EU und war zur Schließung eines Kompromisses mit dem Ratsvorsitz und den verschiedenen nationalen Delegationen bereit. In mehreren Fällen trug dies wesentlich dazu bei, einen Konsens zwischen den ursprünglich sehr weit auseinander liegenden Positionen in Bezug auf die Annahme von Beiträgen zu finden.

In dem Jahr, in dem im Vereinigten Königreich ein Referendum über den Austritt aus der EU durchgeführt wurde, ist es kein Wunder, dass die Arbeitsweise der EU, ihre Beziehungen zu den Institutionen ihrer Mitgliedstaaten und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger wiederholt auf offiziellen oder Nebenveranstaltungen während COSAC-Sitzungen erörtert wurden. Auch hier war der Austausch zeitweise ziemlich hitzig. Dennoch war nach dem Referendum, obschon auch kritische nationalistische Stimmen weiterhin zu hören waren, ein zunehmendes Bewusstsein dafür zu verzeichnen, dass die restlichen 27 Mitgliedstaaten gemeinsame Interessen zu verteidigen haben und dies über die Europäische Union viel besser tun können. Zweifellos werden der Brexit und die Zukunft der EU auf zukünftigen COSAC-Sitzungen zu den Schwerpunktthemen zählen. Die meisten Delegierten sprachen sich für die Notwendigkeit eines neuen Modells für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich aus, und es wird weiterhin überlegt, ob die nationalen Parlamente den Brexit-Verhandlungsprozess in einem gemeinsamen institutionalisierten Rahmen verfolgen sollen.

Die Brexit-Debatten erklären, weshalb Diskussionen über die „grüne Karte“ oder einen verstärkten politischen Dialog und die „gelbe Karte“ in den Aussprachen der Delegationen im Jahr 2016 einen geringeren Stellenwert einnahmen. Die COSAC setzte das Nachdenken über ihre Rolle und die Förderung der Beteiligung der nationalen Parlamente an der Entscheidungsfindung in der EU fort, indem sie wichtige institutionelle Fragen erörterte, insbesondere die Kontrolle des Ministerrats (d. h. die Kontrolle der Trilogie), die parlamentarische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeitsprogramms der Kommission und die parlamentarische Diplomatie. Aufgrund der Brexit-Entscheidung sprachen sehr wenige Delegationen nach dem Referendum vom Juni die „rote Karte“ an.

Das Europäische Parlament bekräftigte die Notwendigkeit der Wahrung des institutionellen Gleichgewichts, das durch die Verträge geschaffen wurde, und der gemeinsamen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, um ein transparentes und effektives Gesetzgebungsverfahren zu erreichen.

Mindestens zwei andere Themen, die auf der Tagesordnung der COSAC-Sitzungen in Den Haag und Bratislava standen, stießen auf positives Interesse und Engagement der nationalen Parlamente in Bezug auf konkrete Maßnahmen der Gemeinschaftsorgane. Der niederländische Ratsvorsitz räumte einer Diskussion zur Rolle der Parlamente beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der EU hohen Stellenwert ein. Aufgrund der Entwicklungen in mehreren Mitgliedstaaten und des wiederholten Verweises auf die Auslösung von Artikel 7 EUV<sup>5</sup> war dieser hohe Stellenwert gerechtfertigt. Infolge der Initiativen der Delegation des Europäischen

<sup>4</sup> Um das Bewusstsein für das Ausmaß der Krise zu stärken, legte die italienische Delegation einen Vorschlag zur Organisation eines Informations-/Delegationsbesuchs in Italien im Frühjahr 2017 vor. Das war für die COSAC eine beispiellose Entwicklung.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 2.5 zur Rechtsstaatlichkeit.

Parlaments und der Hinweise der Berichterstatterin des Parlaments, Sophie in 't Veld, bezog sich der Text des Beitrags systematisch auf die drei Schwerpunktthemen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Regierungsführung und betonte ihre untrennbare Verknüpfung, sowie im Hinblick auf die Rechtsordnung der Europäischen Union. Der Unwille des Ratsvorsitzes, eine möglicherweise spaltende Debatte zu eröffnen, und die Positionen mehrerer weiterer Delegationen hielten die COSAC jedoch davon ab, Initiativen zur Schaffung von Umsetzungsmechanismen gegenüber ihre Unterstützung auszudrücken. Im endgültigen Text wurde lediglich ein Dialog zur Förderung der gemeinsamen Werte der Union erwähnt.

Auf der COSAC-Plenarsitzung von Bratislava entschied sich der slowakische Ratsvorsitz zur Aufnahme einer aktuellen Debatte zum TTIP. Die intensive und lange Diskussion war eine weitere Bestätigung dafür, dass die nationalen Parlamente die Verhandlungen sehr genau verfolgen. Ihre Erwartungen in Bezug auf eine angemessene Einbeziehung in die Handelspolitik der EU waren sehr hoch. Die Delegation des Europäischen Parlaments hat sich sehr stark an einer offenen und eingehenden Debatte mit ihnen beteiligt, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Verteidigung der Vertragsbestimmungen.

Es ist klar, dass die Ratsvorsitze bestrebt waren, die Tagesordnung auf wichtige Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene abzustimmen, verbunden mit der notwendigen Flexibilität, die Tagesordnung entsprechend zu ändern. Die wichtigsten Themen auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen wurden in den Halbjahresberichten behandelt. Eine weitere positive Entwicklung war die zunehmende Bezugnahme auf Debatten zu verwandten Themen, die auf spezialisierten interparlamentarischen Konferenzen abgehalten wurden, wie etwa der Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP). Dies macht einen positiven Trend hin zu einer strukturierteren und kohärenteren interparlamentarischen Zusammenarbeit deutlich.

Wie auch in den Jahren zuvor wurden mehrere Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments dazu eingeladen, als Hauptreferenten oder als „First Responder“ auf der COSAC zu sprechen. Sie stellten die Position des Europäischen Parlaments zu Themen vor, die von Migration über Rechtsstaatlichkeit in der EU bis hin zu TTIP reichten.

Es gab auch einige innovative Initiativen wie elektronische Abstimmungen, informelle Meinungsumfragen sowie interaktive Sitzungen, bei denen die Diskussionsteilnehmer und die Delegierten über einen Moderator interagierten. Zu den Innovationen, die zur Verbesserung der Kommunikation der Arbeit der COSAC eingeführt wurden, zählten Videos, eine spezielle COSAC-App und Social-Media-Konten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die COSAC nationalen Parlamenten im Jahr 2016 die Möglichkeit bot, ihr gemeinsames Nachdenken über wichtige Themen sowohl substanzieller als auch institutioneller Art fortzusetzen, sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeitsprogramms der Kommission einzuleiten<sup>6</sup>. Es ist zu hoffen, dass zukünftige Austausche zur notwendigen interparlamentarischen Beteiligung auf diesen Gebieten, die auch von der hochwillkommenen intensiveren Zusammenarbeit der Juncker-Kommission mit nationalen Parlamenten profitieren, zu ähnlicheren Positionen in Bezug auf wichtige Fragen und zu einer positiven Veränderung der Landschaft der interparlamentarischen Zusammenarbeit führen werden.

<sup>6</sup> Die Erörterungen zum Arbeitsprogramm der Kommission mündeten in der Initiative des niederländischen Ratsvorsitzes, der Kommission eine gemeinsame Liste von Prioritäten nationaler Parlamente vorzulegen.

Durch die Berücksichtigung des derzeitigen politischen Hintergrunds und mit Blick auf zukünftige institutionelle Reformen hat die COSAC, als einziges Forum, das auf den Verträgen fußt, ihre Bedeutung und Attraktivität bekräftigt.

Die Teilnahme des Europäischen Parlaments an diesem Forum sollte daher weiterhin die Bedeutung der Beteiligung sowohl in Bezug auf sein beträchtliches Fachwissen als auch die politische Repräsentation angemessen widerspiegeln.

### 3.2. Die Jahreskonferenz und informelle Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

*Die Jahreskonferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) ist auf die im Jahr 2010 angenommenen Leitlinien von Stockholm zurückzuführen. Darin ist ein jährliches Treffen vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat auszurichten ist, das im jeweiligen Jahr den Herbstratsvorsitz innehat, und während des Frühjahrsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Die Konferenz verabschiedet unverbindliche Ratsvorsitz-Schlussfolgerungen. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten. Es können zwar außerordentliche EU-PPK-Sitzungen einberufen werden, aber im Jahr 2016 wurde dieses Format durch einen informellen Präsidenten-Gipfel ersetzt.*

Die Jahreskonferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union wurde vom 22.-24. Mai 2016 in Luxemburg abgehalten und war hauptsächlich der Migration und Stärkung der Europäischen Union gewidmet.

Das Thema Migration wurde von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingebracht. Die Aussprache konzentrierte sich auf drei Hauptdiskussionsfelder: die Notwendigkeit, gemeinsame und wirksame europäische Antworten zu finden (worauf die meisten Parlamentspräsidenten Wert legten), das Erfordernis der Solidarität (was von den meisten, vor allem den am stärksten betroffenen Ländern wie Griechenland und Italien hervorgehoben wurde) und den Anspruch, die nationale Souveränität und den Willen der Nationalstaaten zu achten, Lösungen zu finden (was von den Visegrád-Staaten betont wurde<sup>7</sup>). Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Mairead McGuinness, verteidigte in ihrer Rede die Positionen des Europäischen Parlaments, unterstrich jedoch auch die Notwendigkeit, die grundlegenden Ursachen für Migration und die Probleme in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung in der EU zu bekämpfen.

Laura Boldrini, Präsidentin der italienischen *Camera dei Deputati*, stellte zum Thema der Stärkung der Union die Erklärung von Rom mit dem Titel „Stärkere europäische Integration: das zu erreichende Ziel“, vor, die von den Präsidenten der italienischen *Camera dei Deputati*, der französischen *Assemblée Nationale*, des deutschen Bundestags und der luxemburgischen *Chambre des Députés* initiiert wurde. In der Generaldebatte wurde eine große Bandbreite an Meinungen deutlich: So schlug der Marschall des polnischen *Sejm* eine Art von Gegenerklärung mit dem Namen „Ein Europa der solidarischen Staaten“ vor.

Die Debatte über die Rolle der nationalen Parlamente umfasste verschiedene Aspekte und Instrumente der Kontrolle durch die nationalen Parlamente. Norbert Lammert, Präsident des deutschen Bundestags und Hauptreferent, beharrte insbesondere auf der Tatsache, dass alle notwendigen Instrumente für die interparlamentarische Zusammenarbeit bereits bestehen und gut funktionieren. Die wichtigste anstehende Herausforderung sei die Erzielung qualitativer Ergebnisse in Bezug auf solche Themen wie TTIP und Europol. Ein anderer Hauptreferent, Urban Ahlin vom schwedischen Parlament, verwies auf die praktischen Aspekte der interparlamentarischen Zusammenarbeit (IPEX, Netzwerk der Vertreter usw.). Die meisten

Redner interpretierten TTIP als gemischtes Abkommen, während sich die Debatten über Sicherheit und die Grundfreiheiten auf die Herstellung des richtigen Gleichgewichts und die Notwendigkeit der Bekämpfung der Radikalisierung und von Hassreden konzentrierten.

Auf Initiative des Präsidenten des slowakischen Parlaments, Andrej Danko, wurde vom 6.-7. Oktober 2016 der Parlamentarische Gipfel von Bratislava abgehalten, eine informelle Sitzung der Präsidenten der Parlamente der EU unter Beteiligung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Nach dem Votum des Vereinigten Königreichs für den Brexit war das Ziel die Erörterung der aktuellen Herausforderungen, vor denen die EU steht, der zukünftigen Ziele der EU und der Rolle der nationalen Parlamente. Die Atmosphäre während dieser Debatte war trotz eindeutiger Meinungsverschiedenheiten positiv und zukunftsorientiert.

Die Sitzung war in zwei Diskussionsrunden aufgeteilt: eine erste zu den aktuellen Herausforderungen der EU und eine zweite zu zukünftigen Zielen der EU. Angestrebt wurde eine offene Debatte ohne Schlussfolgerungen oder Erklärungen.

Der slowakische Parlamentspräsident und Gastgeber der Veranstaltung sprach viele Krisen an, mit denen die EU konfrontiert ist (Wirtschaft, Migration und Brexit), und erklärte, dass die Wahrung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich sei. Martin Schulz erklärte, dass es hier um die Zukunft der EU gehe. Die nationalen Parlamente bürgten für die nationalen Verfassungen, ebenso wie das Europäische Parlament – eine Schöpfung der EU-Verträge, die von allen Mitgliedstaaten der EU ratifiziert wurden – für die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der EU bürgte. Er erinnerte daran, dass die EU nur so stark sei wie die Mitgliedstaaten es zuließen, und ermutigte nationale Parlamente, die Initiative und Verantwortung für die EU-Politik ihrer Länder zu übernehmen. Im Zusammenhang mit dem Brexit betonte der Präsident, dass die Union auf der Gleichstellung von Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedstaaten basiere. Aus diesem Grund könne es nie eine Union von zwei Klassen von Bürgerinnen und Bürgern oder zwei Klassen von Mitgliedstaaten geben.

Mehrere Parlamentspräsidenten erklärten, dass das Brexit-Votum ein Beweis für den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Gemeinschaftsorganen und dem „Establishment“ im Allgemeinen sei. Der slowakische Parlamentspräsident beharrte auf der Notwendigkeit, das Interesse und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU und ihre Institutionen zu fördern sowie darauf, wie der Austausch von bewährten Verfahren zwischen den nationalen Parlamenten vorangetrieben werden sollte.

Viele Parlamentspräsidenten waren sich einig darüber, dass ein neuer Vorschlag durch einen optimalen Einsatz des Vertrags von Lissabon umgesetzt werden sollte, da an einer Vertragsreform kaum Interesse bestehe.

Der slowakische Parlamentspräsident verwies auf das Motto des Treffens „Let’s get to know each other better“ und schlug vor, dass die nächsten Ratsvorsitze mit dieser Art informeller Gipfel fortfahren sollten, die sich sowohl als konstruktiv als auch als positiv erwiesen hätten.

## 4. Interparlamentarischer Dialog

### 4.1. Europäische Parlamentarische Woche und Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

*Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) sieht die Bildung einer interparlamentarischen Konferenz vor, um die Haushaltspolitik und andere von diesem Vertrag erfasste Angelegenheiten zu diskutieren. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU verabschiedete im Jahr*

<sup>7</sup> Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn.

*2015 die Geschäftsordnung der zukünftigen Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union. Die Konferenz umfasst alle nationalen Parlamente und das Europäische Parlament. Die Parlamente dürfen die Größe und Zusammensetzung ihrer Delegationen frei bestimmen.*

Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union hat sich auf diesen zunehmend wichtigen Politikfeldern zu einem echten Forum für interparlamentarische Debatten entwickelt. Die Einigung in Bezug auf Verfahrensaspekte ebnete den Weg für ausführlichere Diskussionen über die drängenden Fragen.

Am 17. Februar 2016 luden die Generalstaaten der Niederlande und das Europäische Parlament die nationalen Parlamente zur Interparlamentarischen Konferenz ein. Am 16. Februar 2016 lud das Europäische Parlament die nationalen Parlamente außerdem zum interparlamentarischen Treffen über die Zyklen des Europäischen Semesters 2015/2016 ein. Die beiden Veranstaltungen waren Bestandteil der Europäischen Parlamentarischen Woche 2016 und wurden von etwa 45 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 130 Mitgliedern nationaler Parlamente und 120 begleitenden Beamten besucht.

Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Rolle von automatischen Stabilisatoren für die Architektur einer Fiskalunion und das gemeinsame Investitionsprogramm waren die dominierenden Themen der Interparlamentarische Konferenz, die vom 16. bis zum 18. Oktober 2016 vom slowakischen Parlament in Bratislava ausgerichtet wurde. Anlässlich der Veranstaltung kamen 100 nationalen Abgeordnete aus ganz Europa, eine Delegation des Europäischen Parlaments, bestehend aus 11 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und unter dem gemeinsamen Vorsitz von Anneli Jäätteenmäki, damals für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständige Vizepräsidentin, und von Roberto Gualtieri, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON), sowie Vertreter weiterer europäischer Institutionen und der slowakischen Regierung zusammen.

Die Debatten waren auf vier thematische Sitzungen aufgeteilt, denen Fraktionssitzungen und eine formale Eröffnungssitzung vorausgingen, während der der stellvertretende Präsident des slowakischen Parlaments, Andrej Hrnčiar, und der Vorsitzende des Finanz- und Haushaltsausschusses des slowakischen Parlaments, Ladislav Kamenický, Reden hielten. Mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments nahmen an den verschiedenen Diskussionsrunden teil: Maria João Rodrigues, Berichterstatterin für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL); Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA); Pervenche Berès, Berichterstatterin für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON); Jean Arthuis, Vorsitzender des Haushaltsausschusses (BUDG); und Roberto Gualtieri, Vorsitzender des ECON-Ausschusses.

#### **4.2. Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik**

*Die Interparlamentarische Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eine wichtige Plattform für interparlamentarische Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von etwa 100 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für*

*auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments zweimal im Jahr nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem wichtigen Politikbereich ergänzt wird.*

Im Jahr 2016 fanden die achte und neunte Interparlamentarische Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vom 6. bis 8. April in Den Haag bzw. vom 2. bis 4. September in Bratislava statt. Die Delegationen des Europäischen Parlaments zu beiden Konferenzen umfassten Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung (SEDE). Den Vorsitz beider Delegationen hatte Elmar Brok, Vorsitzender des AFET-Ausschusses, inne.

Auf der in Den Haag ausgerichteten GASP/GSVP-Konferenz kamen Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und Parlamentarier aus Kandidatenländern sowie aus Island, Kosovo und Norwegen und weitere politische Vertreter und Experten auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zusammen. Zu den Rednern zählten außerdem der Stellvertretende NATO-Generalsekretär, Alexander Vershbow, und die Stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (seit Juni 2016 Generalsekretärin), Helga Schmid. Die Debatten während der vier Plenarsitzungen und drei Workshops konzentrierten sich auf eine strategische Überprüfung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die Stärkung der Verteidigung der EU und ihrer Krisenreaktion, Synergien innerhalb der EU und mit externen Partnern, außenpolitische Aspekte der Migration und Waffenausfuhrkontrolle.

In den Schlussfolgerungen der Konferenz betonten das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU, dass zu einer Zeit, in der die äußere und innere Sicherheit so eng miteinander verflochten sind wie nie zuvor, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet GASP/GSVP weiter gestärkt werden muss.

Auf der im September in Bratislava abgehaltenen Konferenz waren die Hauptthemen, die erörtert wurden, die EU als Global Player, ein umfassender Ansatz für nachhaltige Entwicklung und Migration und die ersten Schritte hin zu einer Europäischen Verteidigungsunion. Die Nachbarschaftspolitik für den westlichen Balkan und die östlichen und südlichen Nachbarstaaten der EU wurden während der Sitzungen und Workshops der Konferenz ebenfalls debattiert. Zu den hochrangigen Teilnehmern zählten die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini, sowie der Stellvertretende UN-Generalsekretär für Politische Fragen, Miroslav Jenča.

Mit dem Ziel der Förderung der Solidarität aller Mitgliedstaaten und der gemeinsamen Bemühungen zur Entwicklung einer gemeinsamen Agenda unterzeichneten die Delegationen aus Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern die sogenannte „Erklärung von Bratislava der EU-Mitgliedstaaten der südlichen Grenze der Europäischen Union“.

#### **4.3. Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen**

*Neben den beiden regulären Interparlamentarischen Konferenzen organisieren die Ausschüsse des Europäischen Parlaments jährlich zahlreiche Interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente einladen, um gezielte Debatten zu führen. Andere Arten von interparlamentarischen Treffen werden eher auf Ad-hoc-Basis organisiert, oft durch das Parlament des Ratsvorsitzes.*

Mit insgesamt 14 Interparlamentarischen Ausschusssitzungen und zwei Interparlamentarischen Konferenzen wurde im Jahr 2016 der kontinuierliche Bedarf nach thematisch konzentrierten und kleineren interparlamentarischen Debatten auf Expertenebene bestätigt. Die Mehrzahl der Treffen wurde in Form von Interparlamentarischen Ausschusssitzungen, Meinungsaustauschen oder Workshops, die auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments und mit Unterstützung der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in Brüssel organisiert wurden, durchgeführt. Im Jahr 2016 trafen in Sitzungen, die von 13 verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen organisiert wurden, 510 Mitglieder nationaler Parlamente mit 493 Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen.

Es gibt eine Reihe von Treffen, die einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten haben, wie etwa die längst etablierte Europäische Parlamentarische Woche (siehe Kapitel 4.1), ein jährlicher Meinungsaustausch zum Zyklus des Europäischen Semesters, die Sitzung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März und das halbjährliche Treffen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Rahmen der Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Einen besonderen Höhepunkt im Jahr 2016 stellte die Interinstitutionelle Konferenz mit nationalen Parlamenten zur Zukunft der Finanzierung der EU dar, die am 7. und 8. September abgehalten wurde. Mit dem Ziel, ein Forum für einen proaktiven Dialog mit nationalen Parlamenten zu bieten, brachte diese Konferenz Mitglieder nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments, Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Institutionen sowie Mitglieder der sogenannten Hocharrangigen Gruppe für Eigenmittel von Mario Monti zusammen. Dadurch bot sich die Gelegenheit für einen intensiven Meinungsaustausch zu wichtigen Fragen der europäischen öffentlichen Finanzen und insbesondere zur Zukunft der Finanzierung des EU-Haushalts. Die Ergebnisse der Diskussionen gingen in den Schlussbericht der Hocharrangigen Gruppe ein, der Ende 2016 vorgelegt werden sollte.

Ein weiteres politisch wichtiges Treffen war die Sitzung des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) zur gezielten Überarbeitung der Bestimmungen zur Entsendung von Arbeitnehmern am 12. Oktober 2016. Der Vorschlag der Kommission (COM (2016)0128) zur Entsendung von Arbeitnehmern löste die sogenannte „gelbe Karte“ aus (siehe Kapitel 2.2), wodurch der Fokus auf die bevorstehenden Verhandlungen über diesen Vorschlag im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens gelegt wurde.

Darüber hinaus umfasste der Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten für 2016:

- zwei Workshops des Rechtsausschusses,
- zwei Gelegenheiten zum Meinungsaustausch zur jeweiligen Initiative des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden (TAXE 2) und des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS),
- sowie fünf Interparlamentarische Ausschusssitzungen jeweils des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT), des Haushaltskontrollausschusses (BUDG), des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) und des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) (zu CETA, in Form eines Arbeitssessens).

Diese Veranstaltungen fanden jeweils innerhalb der regulären Sitzungstage der Ausschüsse statt. Eine Liste aller interparlamentarischen Sitzungen, die das Europäische Parlament 2016 organisiert hat, sowie detaillierte Statistiken finden Sie im Anhang II.

#### 4.4. Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament

*Bilaterale Besuche einzelner nationaler Parlamente im Europäischen Parlament sind ein Instrument und Format für den interparlamentarischen Dialog, das sich in der Entwicklung befindet, und werden häufig mit anderen Besuchen in anderen Gemeinschaftsorganen verbunden. Dieses Format bietet einen stark fokussierten, maßgeschneiderten und flexiblen, kosten- und zeitsparenden Rahmen für Diskussionen über Fragen, die für ein nationales Parlament besonders von Belang sind.*

Das Europäische Parlament empfängt in seinen Räumlichkeiten in Brüssel oder Straßburg über das Jahr bis zu hundert offizielle Besuche von nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Diese Besuche bieten eine Gelegenheit für einen zielgerichteteren bilateralen Dialog zu EU-Fragen, die das jeweilige nationale Parlament oder die jeweilige parlamentarische Kammer anspricht.

Die Teilnehmer und Themen dieser Besuche variieren sehr stark: Vom Besuch eines Präsidenten eines nationalen Parlaments bis hin zu Arbeitsbesuchen von Ausschüssen, die eine große Bandbreite an Politikbereichen abdecken, oder einem Studienbesuch von Beamten nationaler Parlamente, die aus unterschiedlichen Bereichen der parlamentarischen Arbeit kommen.

Im Jahr 2016 empfing das Europäische Parlament 76 offizielle Besuche von nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Nach dem Referendum im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der EU am 23. Juni 2016 konzentrierte sich die Mehrzahl der bilateralen Besuche im zweiten Halbjahr 2016 auf die Frage des Brexit und die Zukunft der Europäischen Union.

Zusätzlich zu bilateralen Besuchen können auch Videokonferenzen zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten durchgeführt werden, wodurch die Parlamentarier in Bezug auf eine bestimmte Frage über längere Zeit miteinander in Kontakt bleiben oder Diskussionen zu aktuellen Themen durchführen können, ohne dass es langwieriger Vorbereitungen bedarf.

Eine ausführliche Liste aller im Jahr 2016 mit Unterstützung der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten durchgeführten Besuche der Parlamente der Mitgliedstaaten, einschließlich Videokonferenzen, finden Sie im Anhang III.

#### 5. Das „Frühwarnsystem“ und der „informelle politische Dialog“ – Die Protokolle Nr. 1 und 2 zum Vertrag von Lissabon

*In Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen über die EU ist ein Überprüfungsmechanismus unter Beteiligung der nationalen Parlamente festgelegt, das sogenannte „Frühwarnsystem“. Im Rahmen dieses Systems können die nationalen Parlamente EU-Gesetzgebungsentwürfe daraufhin überprüfen, ob diese gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen, und innerhalb von acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung des Entwurfs eine begründete Stellungnahme an die Institution senden, die den Entwurf vorgelegt hat. Das Protokoll sieht ein Verfahren zur Prüfung und sogar eine obligatorische Prüfung vor (jeweils bekannt als „gelbe Karte“ und „orange Karte“), wenn die Zahl der begründeten Stellungnahmen einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Darüber hinaus ermöglicht es Protokoll Nr. 1 zum AEUV nationalen Parlamenten, sich zu anderen Dokumenten wie Grünbüchern, Weißbüchern und Mitteilungen der Kommission zu äußern. Es gibt zahlreiche Kommentare zu diesen Dokumenten, die unter den sogenannten „informellen politischen Dialog“ fallen.*

## Frühwarnsystem

Wie oben dargelegt, betrifft das „Frühwarnsystem“ nur begründete Stellungnahmen.

Der Rechtsausschuss (JURI), der im Europäischen Parlament für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verantwortlich ist<sup>8</sup>, hat entschieden<sup>9</sup>, dass ein Antrag von einem nationalen Parlament angesehen werden soll:

1. als „begründete Stellungnahme“, wenn sie dem Parlament innerhalb der in Artikel 6 von Protokoll 2 zum Vertrag von Lissabon<sup>10</sup> genannten Frist von acht Wochen vorgelegt wurde und aus ihr die Auffassung hervorgeht, dass ein Gesetzesentwurf nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist;
2. als „Beitrag“, wenn er diese beiden Kriterien nicht erfüllt (Anträge, die im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereicht werden, werden auch „Beiträge“ genannt).

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden von der Kommission mehr als 600 Entwürfe für Gesetzgebungsakte zur Überprüfung gemäß den Bedingungen in Protokoll Nr. 2 an die einzelstaatlichen Parlamente geschickt. Daraufhin wurden mehr als 2500 Anträge von nationalen Parlamenten eingesandt. Davon waren lediglich 400 (16 %) begründete Stellungnahmen, die einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip aufführen. Die große Mehrzahl (etwa 84 %) waren Beiträge, die sich mit dem Inhalt der Entwürfe befassten.

Dies beweist, dass nationale Parlamente dieses System nicht dazu genutzt haben, um den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu verzögern. Bisher haben nur wenige nationale Parlamente eine große Zahl an begründeten Stellungnahmen eingereicht. Der zur Auslösung des Überprüfungsverfahrens der „gelben Karte“ notwendige Schwellenwert wurde bisher erst drei Mal erreicht: im Jahr 2012 für den Monti-II-Vorschlag zum Streikrecht, den die Kommission anschließend zurückzog (wenn auch nicht aus Gründen der Subsidiarität), im Jahr 2013 für die Europäische Staatsanwaltschaft, wo die Kommission ihren Vorschlag aufrechterhielt, und im Jahr 2016 (Mai) gegen den Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern. Im letztgenannten Fall entschied die Kommission, ihren Vorschlag aufrechtzuerhalten, da dieser ihrer Meinung nach nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstieß.

Die Frage der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern – die auch ein wichtiges politisches Ereignis des Jahres 2016 war – wurde in Teil 2, Kapitel 2.2 erörtert.

Während die Zahl neuer Entwürfe für Gesetzgebungsakte 2014 und 2015 deutlich sank (auf 42 bzw. 38), ebenso wie dies zeitgleich bei der Zahl der Anträge von nationalen Parlamenten der Fall war (auf 151 bzw. 90), änderte sich diese Tendenz 2016 wieder: Es gab 116 neue Entwürfe

<sup>8</sup> Geschäftsordnung des EP Anlage V Absatz XVI Unterabsatz 1: „Der [Rechtsausschuss] ist zuständig für: die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“.

<sup>9</sup> Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept der Konferenz der Ausschussvorsitzenden für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

<sup>10</sup> Siehe Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, Artikel 6: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

für Gesetzgebungsakte, und das Europäische Parlament erhielt 410 Anträge (334 Beiträge und 76 begründete Stellungnahmen).

Aus dem Obenstehenden wird deutlich, dass die nationalen Parlamente gewillt sind, sich zum Inhalt von Gesetzgebungsakten zu äußern, und dass sie den Entscheidungsfindungsprozess nicht wirklich behindern. Ganz im Gegenteil: Sie stellen eine Gelegenheit und eine Ressource für das Europäische Parlament bei der Entwicklung seines Entscheidungsfindungsprozesses und seiner Positionen auf verschiedenen Gebieten dar.

Beiträge und begründete Stellungnahmen werden (sehr oft zusammen mit einer Zusammenfassung aller Anträge zu demselben Thema) an die Berichterstatter gesendet, die diese sowohl als Quelle für Sachinformationen, da der Inhalt oft sehr technisch ist, als auch als Quelle für politische Informationen nutzen können, da die Anträge die Positionen nationaler Parlamente zu dem jeweiligen Thema deutlich machen.

Dieser Aspekt war dem Europäischen Parlament bereits bekannt, als es in seiner Entschliebung vom 16. April 2014 zu den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten („Casini-Bericht“)<sup>11</sup> begrüßte „dass dieses Instrument in der Praxis auch zur Abstimmung und zum kooperativen Dialog zwischen den unterschiedlichen institutionellen Ebenen des mehrstufigen Systems der EU verwendet wird“.

Detaillierte Statistiken für die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die im Rahmen des Frühwarnsystems 2016 eingegangen sind, finden Sie in Anhang IV.

### Informeller politischer Dialog

Im Jahr 2016 machten die nationalen Parlamente weiterhin aktiv Gebrauch vom informellen politischen Dialog, indem sie 243 Beiträge zu legislativen Dossiers übermittelten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fielen (und daher nicht dem Frühwarnsystem unterlagen), sowie zu einer großen Bandbreite an nicht legislativen Dokumenten, etwa im Zusammenhang mit Debatten auf europäischer Ebene, oder, wie bereits erwähnt, zu Konsultationsdokumenten der Kommission. Seit 2009 hat das Europäische Parlament ungefähr 1700 Beiträge von nationalen Parlamenten erhalten, die in einer Datenbank im Intranet des Europäischen Parlaments veröffentlicht werden.

Noch wichtiger ist jedoch, zumindest im Rahmen von COSAC, dass deutlich geworden ist, dass die nationalen Parlamente die aktive Teilnahme der Kommission an Debatten mit ihrer Beteiligung schätzen.

## 6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung

### 6.1. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

*Das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) wird vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam verwaltet und besteht aus Teilnehmern aus 66 parlamentarischen Kammern (darunter 41 aus der Europäischen Union) aus 54 Ländern und europäischen Institutionen. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bestehen.*

<sup>11</sup> Angenommene Texte, P7\_TA(2014)0430.

Im Jahr 2016 hat das EZPWD außerdem seinen Status als unverzichtbares Instrument zur Unterstützung der Parlamente bei der Arbeit für ihre Mitglieder und Verwaltungen eindrucksvoll bestätigt. Zu den wichtigsten Aktivitäten des EZPWD zählen Seminare zu aktuellen Themen und vergleichende Anfragen zu legislativen und parlamentarischen Fragen.

Die Parlamente der EZPWD-Mitglieder richten normalerweise fünf bis sechs Seminare im Jahr aus. Im Jahr 2016 wurden fünf Seminare gemeinsam vom ausrichtenden Parlament, dem verantwortlichen EZPWD-Koordinator und dem EZPWD-Sekretariat ausgerichtet. Sie zogen insgesamt 315 Teilnehmer aus EZPWD-Parlamenten an. Die EZPWD-Seminare stehen den Mitarbeitern in EZPWD-Parlamenten offen und tragen zum Aufbau von Netzwerken von kompetenten Fachleuten und Diensten bei. Die französische Nationalversammlung hat zusammen mit dem EZPWD-Sekretariat die Jahreskonferenz der Korrespondenten in Paris organisiert.

Das Europäische Parlament leistet weiterhin den größten finanziellen Beitrag zum EZPWD, was das Personal, die teilweise Reisekostenerstattung für einige Mitgliedsparlamente und das Hosting der EZPWD-Website angeht. Auf der anderen Seite verlässt sich das Europäische Parlament aber auch stark auf das Netzwerk, wenn die eigenen Dienste Informationen und bewährte Verfahren benötigen.

Was die vergleichenden Anfragen betrifft, so haben die Parlamente der EZPWD-Mitglieder 2016 274 vergleichende Anfragen an das Netzwerk übermittelt, verglichen mit 287 im Jahr 2015. Das stellt das dritthöchste Ergebnis seit der Einrichtung des Netzwerks im Jahr 2000 dar. Dies zeigt, dass die Beteiligung der Parlamente der EZPWD-Mitglieder eindeutig nachfragegesteuert ist und den Bedarf der Parlamentarier in den Mitgliedstaaten und der parlamentarischen Verwaltungen im Hinblick auf das Lernen aus Erfahrungen und Lösungen in anderen Ländern widerspiegelt. Die durchschnittliche Beantwortungsquote auf eine Anfrage beträgt ungefähr 63 %, und mehr als 80 % der Antworten gehen innerhalb oder kurz nach der Frist ein. Diese Zahlen, die über Jahre hinweg stabil geblieben sind, unterstreichen die Zuverlässigkeit des Netzwerks und tragen zur Bewältigung des Arbeitsaufkommens und zur Erfüllung der Erwartungen der Kunden bei.

Im Jahr 2016 wurde die Beobachtung der vorherigen Jahre bestätigt, dass ungefähr 42 % der Anfragen mit Fragen der Funktionsweise von Parlamenten zu tun haben (Verwaltung, Gremien, Verfahren und Abgeordnete), wohingegen die restlichen 58 % politisch-legislativen Fragen gewidmet sind. Die Parlamentsverwaltung einerseits und Sozialpolitik andererseits (einschließlich Migration und Gesundheit) konnten ihre jeweiligen Spitzenpositionen verteidigen. Rechtliche und finanzielle Themen sowie die öffentliche Sicherheit nehmen ebenfalls vordere Plätze ein. Grundsätzlich gibt es eine stabile und große Bandbreite an Themen, die die politische und Verwaltungsagenda der Parlamente und Parlamentarier widerspiegeln. Das unterstreicht die Bedeutung des EZPWD-Netzwerks nicht nur für die politische und legislative Forschung, sondern auch für Verwaltungsprojekte und den Austausch bewährter Verfahren.

In ihrer Rolle als Vermittler unterstützt die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments die jeweiligen Dienste des Europäischen Parlaments nicht nur, indem sie die Funktionsweise des EZPWD-Netzwerks erklärt, sondern auch im Rahmen von konkreten Anfragen. Diese Arbeit ist von entscheidender Bedeutung, da sie dazu beiträgt, keine unrealistischen Erwartungen entstehen zu lassen und effektive Resultate zu erzielen, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das EZPWD ein freiwilliges Netzwerk ist, zu dem die Korrespondenten zusätzlich zu ihren täglichen Prioritäten einen Beitrag leisten. Da die Arbeitsbelastung im Laufe der Jahre auch für das EZPWD zu einem Problem geworden ist, sollte hervorgehoben werden, dass eine Anfrage nur dann eingereicht werden sollte, wenn keine anderen Informationsquellen zur Verfügung stehen. Das EZPWD-Sekretariat hat die wichtige

Aufgabe zu prüfen, ob alle Anfragen aller parlamentarischen Mitglieder den Leitlinien entsprechen.

Im Jahr 2016 übermittelte das Europäische Parlament im Auftrag seiner Dienste zehn Anfragen an das EZPWD-Netzwerk, was eine etwas geringere Zahl als im Jahr 2015 war, als es 13 Anfragen gab. Zwei Anfragen wurden zur Vorbereitung der Jahreskonferenz der Korrespondenten geschickt.

In diesem Jahr koordinierte die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten 34 Antworten des Europäischen Parlaments auf Anfragen anderer Parlamente, hauptsächlich im Zusammenhang mit Verwaltungs- und Verfahrensfragen. Das waren deutlich mehr als im Jahr 2015, als nur 21 erstellt werden mussten. Hierbei ist anzumerken, dass diese Antworten auch als Zeichen des guten Willens wichtig sind, da sie indirekt andere Mitglieder des Netzwerks dazu motivieren, mit Antworten an das Europäische Parlament einen Beitrag zu leisten.

Was die EZPWD-Website betrifft, so wurde diese 2016 in großem Umfang neu gestaltet. Im Laufe der vergangenen zehn Jahre hat die Site eine Reihe von Entwicklungen in Form von neuen Modulen und Verfahren durchlaufen, durch die ihre Funktionen verbessert wurden, ohne dass jedoch die gesamte Struktur und Oberfläche allgemein überarbeitet worden wären. Gleichzeitig hat sich die Welt jedoch im Hinblick auf Tools, Standards und Gewohnheiten weiterentwickelt. Mobile Endgeräte haben die Art und Weise verändert, wie wir interagieren und im Netz kommunizieren, und der PC hat seine beherrschende Position auf diesem Gebiet eingebüßt. Eine moderne Website und ihre Funktionen müssen nahtlos, unmittelbar und ohne Verlust der Gebrauchsfähigkeit auf Smartphones, Tablets und Desktop-PCs funktionieren (ein Ansatz, der „bedarfsgerechtes Design“ genannt wird). Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine Reihe von Anforderungen festgelegt und ein detaillierter Arbeitsplan erarbeitet. Der tägliche Austausch von Informationen in Form von Anfragen und Antworten, die EZPWD-Veranstaltungen mit Online-Registrierung, die anspruchsvollen parlamentarischen Informationsblätter und die leistungsstarke Suchmaschine erfordern eine Plattform, die von überall her auf allen Geräten aufgerufen werden kann. Die neue Website wird auf der Jahreskonferenz 2017 vorgestellt, auf der der 40. Jahrestag des EZPWD gefeiert wird.

Die Zusammenarbeit mit der GD ITEC war weiterhin außerordentlich gut. Es wurden neue Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Website und der parlamentarischen Partner, die dazu einen Beitrag leisten, vor Bedrohungen von außen umgesetzt.

### **Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa**

Im „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen zu ausgewählten aktuellen Themen zusammengefasst, die von Parlamenten im Rahmen des EZPWD-Netzwerks angesprochen werden. Die Themen werden nach ihrer Relevanz für das Europäische Parlament oder bei einer Deckungsgleichheit mit Themen auf der politischen Agenda des Parlaments ausgewählt. Das Spotlight bietet interessante vergleichende Einblicke zur Situation in den nationalen Parlamenten und trägt so zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei.

Im Jahr 2016 erstellte die Direktion fünf Ausgaben des Spotlight zu einer großen Bandbreite an Themen.

Eine detaillierte Liste der EZPWD-Sitzungen und der vergleichenden Anfragen des Europäischen Parlaments sowie ein Überblick über die Ausgaben von „Spotlight on Parliaments in Europe“, die 2016 herausgegeben wurden, sind in Anhang V enthalten.

## 6.2. Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX)

*Das Ziel des Interparlamentarischen EU-Informationsaustauschs (IPEX) ist die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heute verwenden 41 Kammern von 28 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX in ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden.*

Im Jahr 2016 festigte IPEX seine Position als wichtiges Instrument der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Aufbauend auf der Arbeit der vorherigen Ratsvorsitze konnte der luxemburgische Vorsitz die Arbeit am Handbuch für die Korrespondenten und am IPEX-Merkblatt erfolgreich abschließen, das einen sehr kurzen Überblick darüber bietet, wofür IPEX steht sowie über seine Ziele, seine Struktur und seine Datenbank.

Auf ihren Jahrestagungen im Jahr 2016 forderten die Präsidenten der Parlamente der EU den luxemburgischen Ratsvorsitz auf, die Diskussionen über eine digitale Strategie fortzusetzen, auf der sich der IPEX-Vorstand bei seinen Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung des IPEX stützen kann.

In der von einer IPEX-Arbeitsgruppe erstellten digitalen Strategie ist die strategische Herangehensweise umrissen, die zur Erreichung der Ziele in Bezug auf das IPEX-Zielpublikum und die vom IPEX bereitgestellten Informationen und Dienste verfolgt werden sollten. Darin wird außerdem ermittelt, wie nationale Korrespondenten aktiver am Informationsaustausch beteiligt werden können und welche Maßnahmen für die Förderung des IPEX zu ergreifen sind.

Nach ihrer Annahme durch die Generalsekretäre der Parlamente der EU im Jahr 2017 wird die digitale Strategie für IPEX durch ein dreijähriges Arbeitsprogramm ergänzt, das die Kontinuität bei der Verwaltung von Projekten sicherstellen wird, die sich über einen längeren Zeitraum als die Dauer eines Vorsitzes erstrecken. Die vorrangigen Ziele für das IPEX-Arbeitsprogramm lauten: Förderung des IPEX; Ausbau des IPEX-Netzwerks; sowie Verbesserung der IPEX-Datenbank.

Im Jahr 2016 wurde besonderes Augenmerk auf das Networking und die Nutzer des IPEX gelegt. In diesem Zusammenhang gab es weiterhin Werbeveranstaltungen im Europäischen Parlament, die auf Nutzer aus den Fraktionen und dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments abzielten.

Es gibt ein wachsendes Interesse an der Analyse möglicher Interaktionen mit anderen Plattformen des interparlamentarischen Informationsaustauschs. Auf Anregung des Europäischen Parlaments wurde eine Präsentation zur „Unified Repository Base on Implementation Studies (URBIS)“ in die Tagesordnung der Sitzung des IPEX-Vorstands im Jahr 2016 in Brüssel aufgenommen.

IPEX wird als eines der erfolgreichsten und positivsten Projekte angesehen, das in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten der Europäischen Union und der Unterstützung des Europäischen Parlaments umgesetzt wurde. Das System der rotierenden Ratsvorsitze, die digitale Strategie und das Arbeitsprogramm werden zu einem zunehmenden gemeinsamen Verantwortungsgefühl für IPEX bei allen Parlamenten der EU führen.

Im Rahmen des IPEX sind derzeit über 80 000 Seiten (genauer gesagt 81 475) von nationalen Parlamenten und den Gemeinschaftsorganen veröffentlicht, auf denen kontrollbezogene Informationen in 11 500 Dokumenten enthalten sind, die von den Gemeinschaftsorganen erstellt wurden, und die mit etwa 9350 Dossiers verknüpft sind. Im Jahr 2016 wurde die Gesamtzahl legislativer und nichtlegislativer Dokumente in IPEX auf 1064 beziffert.

Im Jahr 2016 konnte die IPEX-Website 253 264 Einzelbesucher verzeichnen. Die Zahl der besuchten Seiten betrug fast 7 Millionen.<sup>12</sup>

## 6.3. Andere Instrumente und Netzwerke

### Vertreter der nationalen Parlamente in Brüssel

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten (oder Kammern) der EU benannten Verwaltungsvertreter im Europäischen Parlament. Seit 1991 (2016 wurde das 25. Jubiläum dieser Regelung gefeiert) und mit dem Ziel der Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament für diese Vertreter in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg auf Anfrage kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Im Laufe der Zeit haben alle nationalen Parlamente der EU einen nationalen Beamten nach Brüssel entsandt, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Insgesamt arbeiten 50 Personen aus 41 Kammern in 37 Büros. Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude des Europäischen Parlaments, in dem auch die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfachen Austausch.

Diese Vertreter sind nationale Beamte, die eine administrative und neutrale Funktion innehaben: Ihre Aufgabe der gegenseitigen Information (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten) ist ein entscheidender Faktor in den EU-Angelegenheiten, da das oberste Ziel dieses Austauschs sehr konkret ist, nämlich die Suche nach gemeinsamen Antworten auf parlamentarischer Ebene auf die vielen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist.

Eine aktuelle Liste der Vertreter ist abrufbar unter:  
[www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/about/contacts](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/about/contacts).

### Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Die interparlamentarische Zusammenarbeit und der Austausch werden in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension eines jeden Ratsvorsitzes der EU verstärkt. Wenn das Parlament eines Landes, das den wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union zum ersten Mal innehat, einen schriftlichen Antrag auf Unterstützung durch das Europäische Parlament bei der Vorbereitung seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Ratsvorsitzes stellt, kann sich das Europäische Parlament unter Einhaltung der Beschränkungen der wirtschaftlichen Haushaltsführung an den Kosten des Programms beteiligen. Das Europäische Parlament strebt im Rahmen dieses Programms die Bereitstellung von maßgeschneiderter Unterstützung auf der Basis des Bedarfs und der Prioritäten des Ratsvorsitzes an.

<sup>12</sup> Bericht über die Arbeit von IPEX im Jahr 2016:  
[www.ipex.eu/IPEXL-WEB/euspeakers/getspeakers.do?appLng=DE](http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/euspeakers/getspeakers.do?appLng=DE).

Nach einer Änderung des Kalenders der Ratsvorsitze der EU erleben wir jetzt eine beispiellose Folge an Mitgliedstaaten, die erstmals das Ruder bei der EU übernehmen: die Slowakei, Malta, Estland und Bulgarien. Die Parlamente dieser Länder haben ihr Interesse an dem Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes der EU bekräftigt.

In den Jahren 2015 und 2016 stimmte die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten einem Unterstützungsprogramm für das slowakische Parlament zu und organisierte erfolgreich mehrere Besuche für Mitglieder dieses Parlaments, ebenso wie Studienbesuche für mit dem Parlament verbundene Sachverständige bei Ausschüssen und Diensten des Europäischen Parlaments.

Ein ähnliches Programm ist auch für den estnischen und bulgarischen Ratsvorsitz vorgesehen, während im Rahmen der Vorbereitung des Ratsvorsitzes von Malta im Dezember 2016 ein Besuch in diesem Land organisiert wurde. Ein Seminar zu Subsidiarität und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament wurde auch zu diesem Anlass abgehalten.

Die Teilnehmer an diesem Programm bestätigten, dass der umfangreiche frühe Austausch bei der Aufstellung des Kalenders besonders nützlich war und eine bessere Planung der parlamentarischen Dimension ermöglicht hat. Das Networking mit allen relevanten Gesprächspartnern (Mitgliedern und Beamten des Europäischen Parlaments, Vertretern des jeweiligen nationalen Parlaments, dem IPEX-Verantwortlichen, dem COSAC-Sekretariat, den für die interparlamentarischen Konferenzen verantwortlichen Projektteams) und der Austausch über gewonnene Erkenntnisse aus jüngsten Erfahrungen wurden sehr begrüßt. Der Wissenstransfer und die konstante Kommunikation haben außerdem zur Konsistenz der Arbeit der verschiedenen Ratsvorsitze beigetragen. Kurzfristige Entsendungen zu spezialisierten Diensten wurden ebenfalls als sehr wertvoll erachtet.

### **Connect – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente**

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten verwaltet die Connect-Datenbank im Intranet des Europäischen Parlaments. Diese Datenbank enthält alle EU-bezogenen Dokumente, die die nationalen Parlamente seit 2010 offiziell an das Europäische Parlament übermittelt haben.

Derzeit haben Mitglieder des Europäischen Parlaments, Assistenten, Fraktionen, Mitarbeiter der Ausschusssekretariate und andere Bedienstete des Europäischen Parlaments sowie in Brüssel tätige Vertreter der nationalen Parlamente Zugang zur Datenbank im Intranet des Europäischen Parlaments unter: [www.connect.ep.parl.union.eu](http://www.connect.ep.parl.union.eu).

Es ist geplant, die Connect-Datenbank 2017 auf der öffentlich zugänglichen Website des Parlaments [www.europarl.europa.eu/relnatparl](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl) verfügbar zu machen.

### **Stärkung der Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU in einem globalen Kontext**

Im Jahr 2016 arbeitete die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten an einem Projekt<sup>13</sup> zur Verbesserung des Follow-up und der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten der EU in multilateralen Versammlungen und globalen Foren.

<sup>13</sup> GD Präsidentschaft Projekt 4, „Reinforcing the relationship with EU national Parliaments in a global context“ (Stärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU in einem globalen Kontext).

Die ersten praktischen Schritte zur engeren Anbindung der nationalen Parlamente an die Arbeit des Europäischen Parlaments wurden im Zusammenhang mit der „Ukraine Week“ im Februar und März 2016 unternommen. Diese wichtige Veranstaltung wurde vom Europäischen Parlament organisiert und zielte auf die Stärkung des Kapazitätsaufbaus der ukrainischen *Rada* ab. Die nationalen Parlamente wurden dazu eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen und ihre Aktivitäten aufeinander abzustimmen, um eine Komplementarität sicherzustellen.

Eine weitere wichtige Funktion des Projekts war die Beteiligung des Europäischen Parlaments auf hoher Ebene an der halbjährlichen Konferenz der Präsidenten der europäischen Parlamente, die am 15. und 16. September 2016 unter der Schirmherrschaft der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg stattfand. Mehr als 50 Parlamentspräsidenten nahmen an der Veranstaltung teil. Vizepräsidentin Lunacek vertrat auf dieser Konferenz das Europäische Parlament mit administrativer Unterstützung und Beratung durch die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten. Die regelmäßige Teilnahme des Europäischen Parlaments an diesen Veranstaltungen, die unter der Ägide des Europarates organisiert werden und auf denen man regelmäßig auf die Europäische Union und ihre Institutionen Bezug nimmt und Stellung bezieht, würde eine sinnvolle Entwicklung darstellen.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt ist auch die Interparlamentarische Union (IPU) von Bedeutung. Der Präsident des Europäischen Parlaments wird zweimal im Jahr zu den Versammlungen der IPU eingeladen. Am Rande der IPU-Versammlungen tritt auch die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP) zusammen. Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten wird die Arbeit der IPU weiterhin verfolgen, um eine erfolgreiche Teilhabe sicherzustellen.

## ANHÄNGE

### ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2016

COSAC-Veranstaltung	Themen	Hauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden Den Haag, 7.-8. Februar 2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>Organisation und Zusammenarbeit der parlamentarischen Kontrolle auf der Basis einer Fallstudie mit Schwerpunkt Europol</li> <li>Europäische Prioritäten für 2016 und darüber hinaus</li> </ul>	
Plenarsitzung der LV COSAC Den Haag, 12.-14. Juni 2016	<p>Überlegungen zum niederländischen EU-Ratsvorsitz</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Sitzung I: Parlamentarische Kontrolle, Austausch bewährter Verfahren</li> <li>Sitzung II: Rolle der nationalen Parlamente beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union</li> <li>Sitzung III: Austausch bewährter Verfahren und Erfahrungen in der parlamentarischen Diplomatie</li> <li>Sitzung IV: Europäischer Rechnungshof</li> <li>Sitzung V: Migration</li> <li>Diskussion über den Sachstand der Umsetzung des Abkommens EU-Türkei</li> </ul>	<p><b>Sophie in 't Veld</b>, Berichterstatterin für den legislativen Initiativbericht zur Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte</p> <p><b>Elmar Brok</b>, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET)</p>
Sitzung der Vorsitzenden Bratislava, 10.-11. Juli 2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>Prioritäten des slowakischen Ratsvorsitzes</li> <li>Soziale Dimension der EU und der Kohäsionspolitik – AAA zu sozialen Fragen</li> </ul>	
Plenarsitzung der LVI COSAC Bratislava 13.-15. November 2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>Sachstand des slowakischen Ratsvorsitzes</li> <li>Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente in der EU</li> <li>Die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP)</li> <li>2016: das Jahr, in dem die Energieunion Gestalt annehmen soll</li> <li>Sicherung der Außengrenzen der EU im Kontext der irregulären Migration</li> </ul>	<p><b>Danuta Maria Hübner</b>, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO)</p>

Detailliertere Informationen zur Tagesordnung der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzen auf der COSAC-Website veröffentlicht: [www.cosac.eu](http://www.cosac.eu)

### ANHANG II – Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen im Europäischen Parlament in Brüssel<sup>14</sup>

Ausschuss des EP	Veranstaltung	Teilnahme <sup>15</sup>			
		Nationale Parlamente	Parlamente	Kammern	EP
ECON/BUDG/ EMPL	16.-17. Februar <u>Europäische Parlamentarische Woche:</u> Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPC SECG)	134	33	44	45
JURI	17. Februar <u>Workshop:</u> Workshop zu neuen Vorschriften für Verträge im digitalen Umfeld	4	4	4	4
AFET	23. Februar <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Toward the NATO Summit in Warsaw“ (Vorbereitung des NATO-Gipfels in Warschau) und „Conflicts in the MENA region“ (Konflikte in der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA))	37	19	22	91
FEMM	3. März <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Women refugees and asylum seekers in the EU“ (Weibliche Flüchtlinge und Asylsuchende in der EU)	41	29	33	15
TAXE 2	18. April <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten der EU:</u> „The Anti-Tax Avoidance Package and other EU and international developments: scrutiny and democratic control by national Parliaments“ (Das Paket zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und andere Entwicklungen auf EU- und internationaler Ebene: Überwachung und demokratische Kontrolle durch nationale Parlamente)	25	17	19	34
BUDG	7.-8. September <u>Interinstitutionelle Konferenz</u> mit nationalen Parlamenten zur zukünftigen Finanzierung der EU	58	20	25	34
ECON	28. September <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten der EU:</u> „The 2016 cycle of the European Semester“ (Der Zyklus des Europäischen Semesters 2016)	16	15	15	22

<sup>14</sup> Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich bei allen Sitzungen um interparlamentarische Ausschusssitzungen.

<sup>15</sup> Mitgliedstaaten der EU, Kandidatenländer, potenzielle Kandidatenländer, die Schweiz und Norwegen.

CULT	11. Oktober <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Cultural and creative sectors in the EU“ (Kultur- und Kreativwirtschaft in der EU)	29	17	19	11
EMPL	12. Oktober <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten der EU:</u> „A targeted revision of the rules on the posting of workers“ (Eine gezielte Überarbeitung der Bestimmungen über die Entsendung von Arbeitnehmern)	32	18	22	68
JURI	17. Oktober <u>Workshop:</u> „Robotics and artificial intelligence – ethical issues and regulatory approach“ (Robotik und künstliche Intelligenz - ethische Fragen und der Regulierungsansatz)	4	4	4	4
AFET	8. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „State of play of the Common Foreign and Security Policy“ (Sachstand der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)	25	14	15	86
CONT	8. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Towards better spending in shared management: a more cooperative model of parliamentary scrutiny“ (Hin zu einer besseren Ausgabenpolitik bei geteilter Mittelverwaltung: ein kooperativeres Modell der parlamentarischen Kontrolle)	16	12	12	9
LIBE	28. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Europol and its parliamentary scrutiny in the framework of EU internal security policies“ (Europol und seine parlamentarische Kontrolle im Rahmen der internen Sicherheitspolitik der EU)	45	24	31	22
AFCO	29. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „The European Parliament’s right of inquiry“ (Das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments), „The revision of the EU electoral law“ (Die Überarbeitung des Wahlrechts der EU), „The future institutional evolution of the European Union“ (Die zukünftige institutionelle Entwicklung der Europäischen Union)	30	15	19	18
INTA	29. November Mittagsgespräch mit nationalen Parlamenten zu CETA	10	7	9	14
EMIS	5. Dezember <u>Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten:</u>	4	4	4	16

	Meinungsaustausch über die parlamentarischen Untersuchungen zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie mit Vertretern der nationalen Parlamente Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und des Vereinigten Königreichs				
<b>GESAMT</b>		510	NA	NA	493

**ANHANG III – Besuche nationaler Parlamente<sup>16</sup> im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen)**

Datum	Land/Kammer	Ausschuss/Sonstiges
11.1.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder und Beamte; Vertreter der „Confédération européenne des syndicats“ und des „Centre for European Policy Studies“
13.1.2016	UK – House of Lords	EU-Ausschuss
25.1.2016	UK – House of Commons	Ausschuss für internationale Entwicklung
26.1.2016	UK – House of Lords	Unterausschuss für EU-Finanzangelegenheiten
28.1.2016	NO – Norwegisches Parlament	Ständiger Ausschuss für Arbeit und Soziales
26.1.2016	Nordischer Rat	Delegation der Baltischen Versammlung und des Nordischen Rates
16.2.2016	SE – Riksdag	Recherchedienst und Bibliothek
16.2.2016	ES – Cortes Generales	Beamte des spanischen Parlaments und von Regionalparlamenten
17.-18.2.2016	NO – Norwegisches Parlament	Arbeitsbesuch von Mitgliedern und Beamten
18.-19.2.2016	UK – House of Commons	Studienbesuch
24.2.2016	DK – Folketinget	Ausschuss für EU-Angelegenheiten
29.2.-1.3.2016	UK – House of Lords	Vertreter des Unterausschusses für Umwelt und Energie
1.-2.3.2016	UK – House of Commons	Europäischer Vorprüfungsausschuss
14.3.2016	UK – House of Commons	Ausschuss für nordirische Angelegenheiten
15.3.2016	UK – House of Commons	Ausschuss für walisische Angelegenheiten
15.-16.3.2016	RO – Senat	Ausschuss für Verkehr und Energie
16.3.2016	IT – Camera dei Deputati	Paritätischer Antimafia-Ausschuss
16.3.2016	NO – Norwegisches Parlament	Ständiger Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung
16.3.2016	Treffen mit geladenen nationalen Parlamenten der EU auf dem Gebiet der Sicherheit	
21.-22.3.2016	BG – Narodno sabranie	Delegation der Parlamentarischen Versammlung des südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEECPPA) unter dem Vorsitz von Zezka Zatschewa, Präsidentin der bulgarischen Nationalversammlung
4.-5.4.2016	DK – Folketinget	Beamte
5.4.2016	DE – Bundestag	Ausschuss für EU-Angelegenheiten
5.4.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder
6.4.2016	FI – Eduskunta	Prüfungsausschuss
7.4.2016	FR – Sénat	Präsidium des französischen Senats
18.-19.4.2016	FI – Eduskunta	Großer Ausschuss
18.4.2016	AT – Nationalrat	Beamte
20.-22.4.2016	SK – Národná rada	Verantwortliche für die Vorbereitung der parlamentarischen Dimension des slowakischen Ratsvorsitzes der EU
26.-27.4.2016	UK – House of Lords	Unterausschuss für Inneres-EU
28.-29.4.2016	DK – Folketinget	Beamte
3.5.2016	IT – Senato della Repubblica	Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für EU-Angelegenheiten und des Ausschusses für Verkehr (Videokonferenz)
3.5.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder
23.5.2016	NL – Tweede Kamer	Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt

26.-27.5.2016	UK – House of Commons	Studienbesuch
26.5.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder und Beamte
3.6.2016	NO – Norwegisches Parlament	Praktikanten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten
6.-7.6.2016	FR – Sénat et Assemblée nationale	Gemeinsamer EU-Ausschuss
13.-15.6.2016	SK – Národná rada	Verantwortliche für die Vorbereitung der parlamentarischen Dimension des slowakischen Ratsvorsitzes der EU
14.6.2016	IT – Camera dei Deputati	Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Tourismus (Videokonferenz)
15.6.2016	NO – Norwegisches Parlament	Norwegischer Unternehmensverband
16.6.2016	EE – Riigikogu	Beamte
22.6.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder
24.6.2016	NL – Tweede Kamer	Beamte
29.6.2016	DE – Bundestag	Johannes Singhammer, Vizepräsident
29.6.2016	DE – Bundestag	Ausschuss für Tourismus
13.-14.7.	UK – House of Commons	Ausschuss für Umwelt, Ernährung und den ländlichen Raum
14.7.2016	IT – Camera dei Deputati	Finanzausschuss (Videokonferenz)
6.9.2016	DE – Bundestag	Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
6.-7.9.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder
7.9.2016	NO – Norwegisches Parlament	Beamte der norwegischen Vertretung bei der EU
9.9.2016	NL – Tweede Kamer	Delegation des „Erasmus Centre for Healthcare Management“
16.9.2016	UK – House of Lords	EU-Unterausschuss
26.9.2016	FR – Sénat	Mitglieder
27.9.2016	IT – Camera dei Deputati	Ausschuss für Abfallwirtschaft
27.-28.9.2016	FI – Eduskunta	Beamte des parlamentarischen Recherchedienstes
28.9.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder
12.10.2016	DK – Folketinget	Vorsitzender des Europaausschusses
17.-18.10.2016	AT – Nationalrat	Beamte
19.-21.10.2016	PL – Sejm	Mitarbeiter der Kanzlei
24.10.2016	NO – Norwegisches Parlament	Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
27.10.2016	NO – Norwegisches Parlament	Beamte des Finanzministeriums
8.11.2016	FI – Eduskunta	Großer Ausschuss
9.11.2016	PL – Sejm	EU-Ausschuss
9.-10.11.2016	UK – House of Lords	Beamte
10.11.2016	FR – Assemblée nationale	Mitglieder und Beamte
15.11.2016	IT – Camera dei Deputati	Kulturausschuss
21.-22.11.2016	FR – Sénat	Jean Bizet, Jean-Pierre Raffarin und Senatoren (Gruppe „Brexit et refondation de l'Union Européenne“)
25.11.2016	NO – Norwegisches Parlament	Praktikanten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Mitarbeiter des Justizministeriums
28.11.2016	NL – Tweede Kamer	Ausschuss für EU-Angelegenheiten
29.11.2016	AT – Nationalrat	Besuch von Karlheinz Kopf, Zweiter Präsident
29.11.2016	IE – Houses of the Oireachtas	Gemeinsamer Ausschuss für EU-Angelegenheiten
30.11.2016	DK – Folketinget	EU-Ausschuss
30.11.2016	UK – House of Lords und House of Commons	Trilaterale Sitzung der beiden Häuser des britischen Parlaments und britischen MdEP
30.11.2016	HR – Hrvatski sabor	Domagoj Ivan Milošević, Vorsitzender des EU-Ausschusses

<sup>16</sup> Nationale Parlamente der EU, norwegisches Parlament, Nordischer Rat.

14.12.2016	NO – Norwegisches Parlament	EWR-/EFTA-Delegation
14.12.2016	FR – Assemblée nationale	Interparlamentarisches Arbeitstreffen: Landwirtschaft, Biodiversität und internationaler Handel

#### ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus Begründete Stellungnahmen und sonstige Beiträge, die dem Europäischen Parlament 2016 übermittelt wurden<sup>17</sup>

Von nationalen Parlamenten 2016 eingegangene Dokumente			
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen 2016	Beiträge 2016
Österreich	Nationalrat	0	0
Österreich	Bundesrat	5	5
Belgien	Chambre des Représentants	0	0
Belgien	Sénat	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	4	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	1	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	4
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	4	10
Tschechische Republik	Senát	3	35
Dänemark	Folketinget	3	2
Estland	Riigikogu	1	0
Finnland	Eduskunta	0	0
Frankreich	Assemblée Nationale	0	3
Frankreich	Sénat	8	3
Deutschland	Bundestag	0	3
Deutschland	Bundesrat	0	25
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	0
Ungarn	Országgyűlés	2	0
Irland	Houses of Oireachtas	3	3
Italien	Camera dei deputati	0	16
Italien	Senato	3	65
Litauen	Seimas	1	0
Luxemburg	Chambre des Députés	2	5
Lettland	Saeima	1	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	5	1
Niederlande	Tweede Kamer	3	2
Niederlande	Eerste Kamer	3	4
Polen	Sejm	2	0
Polen	Senat	3	10
Portugal	Assembleia da República	1	63
Rumänien	Camera Deputaţilor	2	21
Rumänien	Senatul	1	39
Spanien	Cortes	0	15
Schweden	Riksdag	12	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	2	0
Vereinigtes Königreich	House of Commons	1	0
Vereinigtes Königreich	House of Lords	0	0
<b>GESAMT</b>		<b>76</b>	<b>334</b>

<sup>17</sup> Diese Tabelle enthält nur die Dokumente der nationalen Parlamente, die als Antwort auf die Entwürfe von Legislativakten übermittelt wurden, die gemäß Protokoll 2 des Vertrags von Lissabon übermittelt wurden. Ausgenommen sind Dokumente, die als Antwort auf nichtlegislative Konsultationsdokumente, Grünbücher oder Weißbücher (d. h. im Rahmen des „informellen politischen Dialogs“) eingegangen sind.

## ANHANG V – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

### A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2016 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben

- Befugnisübertragung an parlamentarische Ausschüsse
- Beiträge der nationalen Parlamente zur prälegislativen Phase des EU-Rechts
- Parlamentarische Aktivitäten der Mitglieder auf offiziellen parlamentarischen Websites
- Genehmigung von Änderungen des Wahlverfahrens für Wahlen zum Europäischen Parlament – verfassungsrechtliche Anforderungen
- Schulungen und Einführungskurse für neue Mitglieder, einschließlich Informationshandbüchern
- Unterstützung für zur Arbeit pendelnde Mitarbeiter durch nationale Parlamente
- Barrierefreiheit von Parlamentsgebäuden für Menschen mit Behinderungen
- Hybrid-Fahrzeuge oder Elektroautos im Fuhrpark des Parlaments
- Vorschriften für das Organisieren von Veranstaltungen in Parlamenten
- Reaktionen auf Untersuchungsausschüsse des Europäischen Parlaments in Mitgliedstaaten

### B. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen im Jahr 2016

Seminare		
Seminar „Parlamente und die neue wirtschafts- und haushaltspolitische Steuerung“ (Interessengebiet Wirtschaft und Haushalt)	Baku	19.-20. Mai
Seminar „Ein Digitales Facelifting für Parlamente“ (Parli@ments on the Net XIV) (Interessengebiet IKT in Parlamenten)	Berlin, Bundesrat	9.-10. Juni
Seminar „Wissen und Dokumentationsdienste für ein Parlament der Gegenwart und der Zukunft“ (Interessengebiet Bibliotheken, Recherchedienste und Archive)	Oslo	8.-9. September
Seminar „IKT in Parlamenten“ (Interessengebiet IKT in Parlamenten)	Den Haag, Erste Kamer	10.-11. November
Seminar „Prä- und Postkontrolle der Gesetzgebung“ (Interessengebiet Parlamentarische Praxis und Verfahren)	Dublin	24.-25. November
Statutarische Sitzungen		
Sitzung des Exekutivausschusses	Krakau	17.-18. März
Konferenz der Parlamentspräsidenten (und Sitzung der Generalsekretäre zu EZPWD)	Straßburg	15.-16. September
Sitzung des Exekutivausschusses	Athen	22.-23. September
Jahreskonferenz der Korrespondenten	Paris	17.-18. November

### C. Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa

- Sozialleistungen und Rechte von eigenen Staatsangehörigen und Bürgern anderer Staaten (Spotlight Nr. 9 – Februar 2016)
- Die zivile Kernkraftpolitik nach Fukushima (Spotlight Nr. 10 – März 2016)
- Die Mobilität junger Menschen in der EU (Spotlight Nr. 11 – Juni 2016)
- Verfügbarkeit der In-Vitro-Fertilisation (IVF) nach den Bestimmungen der nationalen Gesundheitsdienste (Spotlight Nr. 12 – September 2016)
- Qualität der Rechtsvorschriften der EU (Spotlight Nr. 13 – Dezember 2016)

# NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

März 2017

 direkt gewählt

 indirekt gewählt / ernannt / sonstige

<p> <b>Belgique/België/ Belgien BELGIEN</b></p> <p>Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150 </p> <p>Senaat/ Sénat/ Senat 60 </p>	<p> <b>България BULGARIEN</b></p> <p>Народно събрание (Narodno sabranie) 240 </p>	<p> <b>Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK</b></p> <p>Poslanecká sněmovna 200 </p> <p>Senát 81 </p>	<p> <b>Danmark DÄNEMARK</b></p> <p>Folketinget 179 </p>
<p> <b>Deutschland DEUTSCHLAND</b></p> <p>Deutscher Bundestag 630 </p> <p>Bundesrat 69 </p>	<p> <b>Eesti ESTLAND</b></p> <p>Riigikogu 101 </p>	<p> <b>Éire/Ireland IRLAND</b></p> <p>Dáil Éireann 158 </p> <p>Seanad Éireann 60 </p>	<p> <b>Ελλάδα GRIECHENLAND</b></p> <p>Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 </p>
<p> <b>España SPANIEN</b></p> <p>Congreso de los Diputados 350 </p> <p>Senado 208  58 </p>	<p> <b>France FRANKREICH</b></p> <p>Assemblée nationale 577 </p> <p>Sénat 348 </p>	<p> <b>Hrvatska KROATIEN</b></p> <p>Hrvatski sabor 151 </p>	<p> <b>Italia ITALIEN</b></p> <p>Camera dei Deputati 630 </p> <p>Senato della Repubblica 315  5 </p>
<p> <b>Κύπρος ZYPERN</b></p> <p>Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 </p>	<p> <b>Latvija LETLAND</b></p> <p>Saeima 100 </p>	<p> <b>Lietuva LITAUEN</b></p> <p>Seimas 141 </p>	<p> <b>Luxembourg LUXEMBURG</b></p> <p>Chambre des Députés 60 </p>
<p> <b>Magyarország UNGARN</b></p> <p>Országgyűlés 199 </p>	<p> <b>Malta MALTA</b></p> <p>Il-Kamra Tad-Deputati 71 </p>	<p> <b>Nederland NIEDERLANDE</b></p> <p>Tweede Kamer 150 </p> <p>Eerste Kamer 75 </p>	<p> <b>Österreich ÖSTERREICH</b></p> <p>Nationalrat 183 </p> <p>Bundesrat 61 </p>
<p> <b>Polska POLEN</b></p> <p>Sejm 460 </p> <p>Senat 100 </p>	<p> <b>Portugal PORTUGAL</b></p> <p>Assembleia da República 230 </p>	<p> <b>România RUMÄNIEN</b></p> <p>Camera Deputatilor 329 </p> <p>Senat 136 </p>	<p> <b>Slovenija SLOWENIEN</b></p> <p>Državni zbor 90 </p> <p>Državni svet 40 </p>
<p> <b>Slovensko SLOWAKEI</b></p> <p>Národná Rada 150 </p>	<p> <b>Suomi/ Finland FINNLAND</b></p> <p>Eduskunta 200 </p>	<p> <b>Sverige SCHWEDEN</b></p> <p>Riksdagen 349 </p>	<p> <b>United Kingdom VEREINIGTES KÖNIGREICH</b></p> <p>House of Commons 650 </p> <p>House of Lords 825 </p>



RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL